

(Vizepräsident Jan Söffing)

(A) Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag Nr. 101**. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1989**, auf Erhöhung der Zuschüsse der Übungsleiter. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag Nr. 102**. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1990**, zur Unterstützung des Leistungssports für Behinderte. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag Nr. 103**. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1991**, zum Leistungssport für Behinderte. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

(B) Wir kommen zu Nr. 104. Es ist ein **Änderungsantrag** der CDU, **Drucksache 13/1992**, zur Erhöhung der Zuschüsse an den Landessportbund. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag Nr. 105**, einem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1993**: Kürzung der Mittel für die Darstellung des Sportlandes NRW. Wer stimmt für diesen Antrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 14 entsprechend der **Beschlussempfehlung** und dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/1814**. Wer dieser **Beschlussempfehlung** zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist diese **Beschlussempfehlung**

mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **angenommen**. (C)

Ich rufe jetzt **Nummer 4** auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich weise auf die **Beschlussempfehlungen** sowie die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP mit den Nummern 127 bis 134 entsprechend der Tischvorlage hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Kruse das Wort.

(Unruhe)

Theodor Kruse (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen über die öffentlichen Haushalte auf allen politischen Ebenen sind im Kern von dem Grundgedanken geprägt, dass die Neuverschuldung beendet und die vorhandenen Schulden abgebaut werden müssen.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Kollege Kruse, ich darf Sie einmal unterbrechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihren Geräuschpegel etwas zurückfahren würden, damit Herr Kruse zu Ihnen sprechen kann. (D)

Theodor Kruse (CDU): Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Präsident und darf erneut beginnen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Beratungen über die öffentlichen Haushalte auf allen politischen Ebenen sind im Kern von dem Grundgedanken geprägt, dass die Neuverschuldung beendet und die vorhandenen Schulden abgebaut werden müssen, damit die finanzielle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zurückgewonnen werden kann. Von diesem Ziel ist das Land Nordrhein-Westfalen weiter entfernt als je zuvor.

(Beifall bei der CDU)

Verantwortlich hierfür ist die rot-grüne Landesregierung und vor allem die SPD, die das Land seit über 30 Jahren regiert.

(Beifall bei der CDU)

(Theodor Kruse [CDU])

(A) Tatsache ist, dass die Wirtschaftskraft des Landes in den letzten Jahren real betrachtet stetig gesunken ist, während gleichzeitig die Bürokratie und das Ausgabevolumen im gleichen Umfang aufgebläht wurden.

Wenn wir mit der Politik in unserem Bundesland und den langen Entscheidungsprozessen angesichts des heutigen Tempos wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen nicht noch stärker ins Hintertreffen geraten wollen, ist das nur mit einem schlanken Staat zu schaffen, der sich aus Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend zurückzieht, der privatisiert und dereguliert, der nur noch Rahmen setzt und sich auf das Wesentliche konzentriert. So muss die Agenda für fortschrittliches Regieren im 21. Jahrhundert in Nordrhein-Westfalen lauten. Aber dieser unbestreitbar richtige Grundsatz wird in Nordrhein-Westfalen nicht beachtet.

Ich erwähne das deshalb, weil Sie, Herr Minister Behrens, bei den letzten Haushaltsplanberatungen zu Recht darauf hingewiesen haben, dass mit dem Einzelplan 03 auch die Arbeit einer großen allgemeinen und inneren Verwaltung mit ihren mehreren Hunderttausend Beschäftigten auf kommunaler und Landesebene ermöglicht wird und Sie somit in besonderer Weise die Verantwortung tragen für den Aufgabenabbau, einen nachhaltigen Personalabbau und insgesamt ein Weniger an Bürokratie.

(B)

Herr Behrens, in Erinnerung rufen möchte ich ebenfalls, dass Sie am 13. April 2000 im Zusammenhang mit der Debatte über das Zweite Verwaltungsmodernisierungsgesetz geäußert haben, seit 20 Jahren an den Debatten zur Verwaltungsreform teilgenommen zu haben und in anderen Ämtern zukunftsweisende Aufsätze zu diesem Thema geschrieben zu haben.

(Frank Baranowski [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Das war die Theorie; denn in der Praxis ist der politische Wille zu einer durchgreifenden Verwaltungsreform mit dem entsprechenden Gesetzesabbau in Nordrhein-Westfalen nach wie vor nicht zu erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Es reicht aus unserer Sicht nicht aus, eine Expertenkommission zur Zukunft des öffentlichen Dienstes einzurichten, die uns dann irgendwann im Laufe dieser Legislaturperiode Hinweise für unsere Arbeit geben soll. Denn schon jetzt wissen wir:

Verwaltungen können letztendlich nur dann kostengünstiger arbeiten, wenn sie sich von Aufgaben trennen und sich auf hoheitliche Themen beschränken.

Herr Minister Behrens, Sie sind seit 1998 Innenminister. Wie sieht Ihre Bilanz aus?

(Edgar Moron [SPD]: Sehr gut!)

Welche Standards sind den Erfordernissen angepasst worden? Welche Rechtsvorschriften sind abgeschafft, welche und wie viele Erlasse, Vorschriften, Bestimmungen und Verordnungen ganz einfach gestrichen bzw. außer Kraft gesetzt worden? Wo hat es tatsächlich durchgreifenden Bürokratieabbau in Nordrhein-Westfalen gegeben?

Tatsache ist: Nach wie vor finanziert das Land etliche wissenschaftliche Einrichtungen, so z. B. das Wissenschaftszentrum NRW, das Kulturwissenschaftliche Institut, das Institut Arbeit und Technik, das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und so weiter und so fort.

Nach wie vor betreibt das Land eine Vielzahl von Einrichtungen, die unserer Vorstellung nach im Anschluss an eine Übergangszeit zumindest privatisiert bzw. sogar ganz aufgelöst werden könnten, so z. B. das Institut zur Erforschung sozialer Chancen, das Landesinstitut für Bauwesen, das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik und so weiter und so fort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regelungswut von Rot-Grün ist nach wie vor ungebrochen.

(Beifall bei der CDU)

So gibt es seit einiger Zeit eine Innenraumluft-Hygienekommission - des Umweltbundesamtes wohlgemerkt. Ich wiederhole: eine Innenraumluft-Hygienekommission mit der Folge, dass nunmehr an allen Schulen - also auch in Nordrhein-Westfalen - zu der Vielzahl von Beauftragten, die wir jetzt schon haben, ein so genannter Hygienebeauftragter benannt werden muss. Das Beauftragtenwesen in Nordrhein-Westfalen erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit mit mehr statt weniger Bürokratie. Auch dafür tragen Sie, sehr verehrter Herr Minister, als Minister der inneren Ordnung in besonderer Weise die Verantwortung.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weit über 100.000 Freiwillige in der Feuerwehr und die unzähligen weiteren ehrenamtlichen Helfer in privaten Hilfsorganisationen sind nach wie vor bereit, im Katastrophenfall zu ret-

(C)

(D)

(Theodor Kruse [CDU])

- (A) ten. Wir sind alle dankbar dafür, dass es dieses ehrenamtliche Engagement gibt, das einen weiteren dramatischen Anstieg der kaum noch zu finanzierenden Personalkosten verhindert.

Die CDU-Fraktion hat am 21. September in diesem Saal einen Fachkongress zur Zukunft der Feuerwehr mit weit mehr als 600 Teilnehmern durchgeführt. Es wurde mehr als deutlich: Die Feuerwehren haben zunehmend Schwierigkeiten, ihren Auftrag zu erfüllen; denn es fehlt an angemessener Ausstattung, an spezieller Technik und Ausrüstung zur Bekämpfung von Unfällen, Katastrophen oder Strahlenschutzsätzen. Auch hier gilt: Das Land verabschiedet sich mehr und mehr aus der Verantwortung für die Feuerwehr und schiebt diese den Kommunen zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das bedeutet im Klartext für unsere Kommunen vor Ort:

Erstens. Im Jahr 2001 gab bzw. gibt es eine Nullrunde, da nur die Verpflichtungsermächtigungen zum Tragen kommen.

Zweitens. Im Jahr 2002 gibt es zunächst einmal bis zum 1. Juli nichts. Welche Mittel dann zur Verfügung stehen, ist völlig offen. Dies verdeutlicht die Vorlage 13/1163 vom 10. Dezember 2001 zur Umstellung der Förderung des Feuerschutzes. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen, die Feuerwehren unseres Landes haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit dieser rot-grünen Landesregierung einen schlechten Partner.

(B)

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch dafür tragen Sie die Verantwortung, Herr Minister.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bereich der inneren Sicherheit ist ein umfangreiches, aber eben kein beliebiges Politikfeld. Die Bekämpfung von Kriminalität, Terrorismus und Extremismus - wir haben hierzu in den letzten Wochen und Monaten oft debattiert - ist und bleibt ureigenste Aufgabe des Staates. Um es auch hier vorwegzunehmen: Die rot-grüne Landesregierung wird dieser sicherheitspolitischen Herausforderung nicht gerecht;

(Beifall bei der CDU)

denn auch der Haushaltsplan 2002 verdeutlicht, dass dies kein Schwerpunkt ihrer Politik ist. Herr Minister Behrens, nach den uns alle erschüttern-

den Ereignissen vom 11. September 2001 haben Sie so manche Presseerklärung auf den Weg gebracht, etwa zu den Sicherheitspaketen I und II. So sollen z. B. 500 zusätzliche Stellen für die Terrorismusbekämpfung und 71 Stellen für den Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt werden.

(C)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Polizeigewerkschaften und eine Vielzahl von Polizeibehörden teilen uns mit, dass die angekündigten neuen Stellen nahezu ausschließlich durch Personalumschichtungen vorgenommen werden. Sie nehmen Personal aus dem vorhandenen Bestand innerhalb der Polizei: aus den Kriminalkommissariaten, bei den Vollzugsbeamten. Bis zum nächsten Jahr werden wir über 500 Stellen bei den Vollzugsbeamten weniger haben als heute.

(Frank Baranowski [SPD]: Sie begreifen es einfach nicht! Sie haben eine Denkblockade!)

- Herr Baranowski, Ihre Zwischenrufe verdeutlichen, dass Sie der Aufgabe nicht gewachsen sind.

(Heiterkeit bei SPD und FDP)

Das sind dann die so genannten zusätzlichen Stellen beim Verfassungsschutz und beim Staatsapparat. Diese so genannten Verbesserungen nehmen Sie zulasten anderer Bereiche. So wird in den nächsten Monaten noch weniger Polizei zur Bekämpfung der Alltags- und Massenkriminalität auf unseren Straßen zur Verfügung stehen. Außerdem ist der finanzielle Handlungsspielraum der Polizei so eng wie noch nie. Hier in der Landeshauptstadt Düsseldorf ist er seit 1998 z. B. um rund 19 % gesunken. In Düsseldorf ist in diesen Monaten eine Minderzuweisung von 1,3 Millionen DM zu verkraften. Das hat die Bezirksregierung, bei der Sie in früheren Jahren einmal Regierungspräsident waren, vor wenigen Tagen so beschlossen. Hinzu kommt, dass Sie im Einzelplan 03 eine globale Minderausgabe in Höhe von 26,9 Millionen Euro einsparen müssen. Ich weiß noch nicht, wie. Die zusätzlichen Mittel, die Sie auf der einen Seite bei der Bekämpfung des Terrorismus groß angekündigt haben, sind nahezu in gleichem Umfang im Haushalt wieder zu kürzen, somit bei der Polizei, beim Verfassungsschutz und/oder bei der Feuerwehr; denn das sind die größten Posten.

(D)

(Theodor Kruse [CDU])

- (A) Ich darf zum Schluss kommen, weil die Redezeit abgelaufen ist. Obwohl wir den Einzelplan in der vorliegenden Form ablehnen, bieten wir Ihnen eines an. Das sage ich in aller Nachdenklichkeit. Herr Minister, von den Grünen können Sie nichts erwarten. Sie ringen um ihre Existenz.

(Frank Baranowski [SPD]: Von Ihnen auch nicht!)

Aus der SPD-Fraktion ist in den letzten fünf Jahren keine ernsthafte Initiative gekommen. Dazu werden wir morgen noch einiges sagen können. Obwohl wir den Haushaltsplan ablehnen, bieten wir Ihnen auch in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren eine seriöse Zusammenarbeit und Unterstützung an, Herr Minister Behrens.

(Zuruf von der SPD: Meine Güte!)

Das ist belegt. Dies haben wir durch eine Fülle von Initiativen und Anträgen in den letzten Jahren verdeutlicht. Wie in der Vergangenheit bleibt auch im kommenden Haushaltsjahr die innere Sicherheit ganz oben auf der Tagesordnung der CDU-Fraktion. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

- (B) **Vizepräsident Dr. Helmut Linsen:** Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Jentsch.

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kruse, wo Ihre Seriösität ist, das haben wir in vielen Ausschussberatungen gemerkt. Da ist nicht viel zu holen.

(Zurufe)

Von daher sollten Sie auch überlegen, was Sie hier sagen. Auf der einen Seite sprechen Sie von einem aufgeblähten öffentlichen Dienst. Sie sprechen von kaum zu finanzierenden Personalkosten. Gleichzeitig legen Sie uns Anträge für mehr Personal vor. Wie funktioniert das? Wie geht das zusammen, Herr Kruse? Irgendwo muss bei Ihnen doch ein Denkmuster nicht stimmen. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass man auf der einen Seite kritisiert, dass so viel Personal da ist, aber gleichzeitig mehr Forderungen stellt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Kruse, wenn Sie sagen, bei Ihnen ist die innere Sicherheit ganz oben angesiedelt, schau ich einmal herum. Jetzt

frage ich einmal: Wo ist Ihr Fraktionsvorsitzender? Wo ist Herr Rüttgers? Wo ist Herr Möllemann? Wo ist da die innere Sicherheit bei den Führungspositionen angesiedelt?

(Zurufe)

Auch das muss man doch ganz deutlich sagen. Da muss man doch einmal nachfragen. Nimmt die CDU denn wirklich die innere Sicherheit so ernst, oder ist das nur wieder eine Floskel?

Meine Damen und Herren, als Innenpolitiker bin ich mit dem diesjährigen Haushalt mehr als zufrieden.

(Zuruf von Hermann-Josef Arentz [CDU])

Wie gehabt nimmt auch diesmal die innere Sicherheit wieder einen Spitzenplatz in der landespolitischen Bewertung des Handelns der Regierungsfractionen und der Regierung ein. Nordrhein-Westfalen bleibt auf Kurs, Herr Kruse. Nordrhein-Westfalen bleibt das sicherste Bundesland weit und breit. Dass wir im nächsten Jahr mit der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn beginnen - dazu haben Sie gar nichts gesagt -, zeigt auch die historischen Ausmaße einer Innenpolitik, die Qualität, die Leistung und die Sicherheit als oberste Priorität betrachtet.

Allerdings - das sage ich auch ganz deutlich - erwarten wir von der Landesregierung, dass sie alles daransetzt, damit die geplanten Ausbildungskapazitäten voll ausgeschöpft werden, auch wenn dazu ein zweiter Einstellungstermin notwendig wird. Diesem Kriterium hat sich alles andere unterzuordnen.

Ich will mehr Polizei, ich will mehr Ausbildung. Gerade für junge Leute ist der Polizeiberuf ein Beruf mit Zukunft, ein Beruf der finanziellen Sicherheit und ein Beruf mit anspruchsvoller, viel selbstbestimmter Tätigkeit. Wir sind stolz auf diese Polizei in unserem Land. Wir fühlen mit ihnen, wenn reisende Chaoten - hier meine ich nicht die vielen Menschen, die für ihr Begehren friedlich demonstrieren - Polizeibeamtinnen und -beamte, die diesen Staat und seine Gesellschaft zu schützen haben, mit Steinen bewerfen, also bewusst verletzen, wenn nicht gar töten wollen. Wir stehen hinter dieser Polizei und danken ihr für ihr demokratisches Eintreten für diesen Rechtsstaat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir schaffen neue Stellen - allerdings mit Augenmaß -, damit wir auch morgen weiter sicher leben

(C)

(D)

(Jürgen Jentsch [SPD])

- (A) können. Knapp 370 Millionen DM werden dafür in den nächsten Jahren zusätzlich aufgewendet. Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz stehen dabei im Brennpunkt der Ausgaben. Damit reagieren wir auf die seit dem 11. September veränderten und schwieriger werdenden äußeren Bedingungen: 71 Stellen für den Verfassungsschutz, 235 Stellen für die Polizei, 2003 kommen weitere 190 Stellen hinzu, und 11 Stellen für das Institut der Feuerwehr.

In einem Sofortprogramm werden die von Polizeibeamten wahrgenommenen Innendiensttätigkeiten durch Angestellte erbracht. Dies überbrückt die dreijährige Ausbildungszeit. Herr Kruse, man sollte erst einmal mitdenken und dann reden. Sie wissen genau, dass wir drei Jahre brauchen, um Polizeibeamtinnen und -beamte auszubilden. Das dauert nun einmal drei Jahre. Man kann sie nicht von der Straße holen und einstellen. Das wollen Sie ja mit Ihren Billigpolizisten tun. Wir machen so etwas nicht mit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Über 200 Millionen DM werden zusätzlich in die Ausstattung der Polizei investiert. Dazu kommen 26 neue Einsatzleitfahrzeuge für den Katastrophenschutz für die Kreise und Städte und über 140 Spezialausbildungen für den ABC-Schutz. Daneben stellt die Bundesregierung 40 neue ABC-Erkundungsfahrzeuge für den Zivil- und Katastrophenschutz zur Verfügung. Das reicht nicht aus. Von daher erwarten wir, dass der Bund seine mit der Neukonzeption geschaffene Verpflichtung zügig weiter erfüllt.

- (B) Durch die ab 2002 geltende Pauschalierung der Feuerschutzsteuer kommen wir einem dringenden Anliegen des Städte- und Gemeindebundes nach. Für viele war seit langem nicht mehr erkennbar, wie denn diese Förderungsbeträge auf die einzelnen Antragsteller verteilt wurden. Im Übrigen zeigen die vorliegenden Anträge mit einem Volumen von jeweils über 10 Millionen DM, dass in den nächsten fünf Jahren keine einzige weitere noch so kleine Maßnahme hätte zusätzlich gefördert werden können. Um hier endlich Gerechtigkeit herzustellen, gab es in diesem Jahr keine Prioritätenliste in den Bezirksregierungen und damit auch keine Förderzusagen.

Zuständig für den Feuerschutz - Herr Kruse, das muss man Ihnen anscheinend auch immer wieder sagen - sind die Kommunen. Sie geben dafür Jahr für Jahr 1,2 Milliarden DM aus. Unser Beitrag ist

relativ klein, das gebe ich ja zu. Aber mehr haben wir nicht. Das ist ein kleiner Beitrag, davon hängt aber nicht der Feuerschutz in den Kommunen ab.

Wie bei der Schulpauschale haben wir uns nach einer langen Diskussionsphase mit dem Landesfeuerwehrverband entschlossen, auch hier zu pauschalieren. Das schafft endlich Gerechtigkeit und verhindert ein ausuferndes Verwaltungshandeln. Jede Kommune bekommt nach einem festgelegten Schlüssel ihre Zuweisungen und kann diese natürlich zweckbestimmt einsetzen. Mit diesem neuen Verfahren wird die Kommune auch in die Lage versetzt, nicht ausgegebene Mittel auf das nächste Jahr zu verschieben.

Damit können zum ersten Mal auch neue Finanzierungsmodelle angewendet werden: Statt Formularen, statt vorzulegender Planung, statt zeitaufwendiger Kontrollen und Überwachungsmechanismen durch Kreise und Bezirksregierungen also endlich freie Hand für den Feuerschutz vor Ort! Wir rufen den Landräten, von denen einige ihr Amt bewusst missbrauchen, um Unwahrheiten zu verkünden, zu:

(Beifall bei der SPD - Lebhafter Widerspruch von CDU und FDP - Unerhört! von der CDU - Gegenrufe von der SPD)

Wir werden in 2002 mit der Auszahlung der Pauschale beginnen.

(Zuruf von Herbert Reul [CDU])

- Ich kann Ihnen alle Zeitungsausschnitte zeigen, Herr Reul, in denen Landräte sagen: Nächstes Jahr wird das Land keine Pauschalierung vornehmen, kein Geld auszahlen. Das kann ich Ihnen geben.

(Herbert Reul [CDU]: Herzeigen!)

Was sind das denn für Landräte? Sie haben eine ganz andere Aufgabe zu erfüllen, als hier Lügenmärchen zu verbreiten.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege Jentsch, lassen Sie Zwischenfragen von Herrn Kruse und Herrn Droste zu?

Jürgen Jentsch (SPD): Ja natürlich, wenn Herr Kruse gerne fragen möchte.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kruse, bitte.

(C)

(D)

(A) **Theodor Kruse (CDU):** Herr Jentsch, schon im Innenausschuss habe ich Sie gefragt, welche Landräte Sie meinen, die ihr Amt missbrauchen. Ich würde Sie heute, da Sie inzwischen gehörig Zeit hatten, darüber nachzudenken, darum bitten, Ross und Reiter zu nennen,

(Beifall bei CDU und FDP)

die Landräte namentlich zu nennen, die ihr Amt missbrauchen. Darum bitte ich Sie ausdrücklich. Wenn Sie das nicht können, unterlassen Sie diese unverschämten Behauptungen!

(Zuruf von der SPD: Sie wollten fragen!)

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Kruse, Sie haben eine Frage gestellt, ich kann sie gerne beantworten. Das ist Herr Adenauer aus dem Kreis Gütersloh, der draußen und in der Zeitung erklärt hat: Das Land wird im nächsten Jahr keine Zuweisung vornehmen. - Das ist die Unwahrheit. Er hat im Grunde eine Unwahrheit verbreitet, die nicht begründet war. - Ich habe Ihnen jetzt einen Namen genannt, ich weiß nicht, ob es noch eine weitere Frage gab.

(B) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Droste zu, Herr Jentsch?

Jürgen Jentsch (SPD): Ja natürlich.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Bitte schön, Herr Kollege Droste.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Ich gebe zu, das war Gedankenübertragung. Ich wollte exakt dieselbe Frage stellen wie Kollege Kruse.

(Zurufe von der SPD)

- Aber Moment, bevor Sie wieder das Grölen und Johlen anfangen, Sie haben im Plural gesprochen. Einer reicht Ihnen, der ist der Verräter, oder gibt es noch weitere?

Jürgen Jentsch (SPD): Ich habe den einen genannt, und das sollte Ihnen erst einmal reichen.

(Ah! bei CDU und FDP)

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Das war erst einmal einer, den Sie verleumdet haben. - Danke schön. (C)

Jürgen Jentsch (SPD): "Verleumdet" haben Sie gesagt, Herr Droste. Ich habe gesagt, er hat das öffentlich in der Zeitung behauptet, und diese Behauptung ist falsch.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist dann Amtsmisbrauch!)

Die Behauptung, die er öffentlich von sich gegeben hat, war falsch.

Natürlich ist es für uns selbstverständlich, dass der Kreisbrandmeister gemeinsam mit seinen örtlichen Kollegen ortsübergreifende Kriterien beachten wird. Dies war in der Vergangenheit so, dies wird auch in der Zukunft so sein. Im Übrigen wird sich dann auch die Frage der notwendigen oder gar überflüssigen Standards regeln. Für die Kommunen dürfte es jedenfalls preisgünstiger werden. Der Markt wird sich sehr schnell diesen neuen Verhältnissen anpassen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang den über 100.000 Feuerwehrleuten in unserem Land dafür danken, dass sie als in der Regel Ehrenamtliche nicht nur ihre Freizeit, sondern auch ihr Leben einsetzen, um Menschen zu retten, um Schaden abzuwenden. Ihnen allen gilt unser großer Respekt und unsere große Anerkennung. (D)

(Beifall bei der SPD)

Natürlich treten wir auch diesmal wieder ausdrücklich für unsere bisherige Flüchtlingspolitik ein. Auch für uns war und ist es unverständlich, dass die Landesregierung gerade hier die Schere angesetzt hat - bei Menschen, die großes Leid erlitten haben und die nichts weiter brauchen als endlich einmal ein wenig Ruhe. Diesen Menschen müssen wir weiter helfen. Natürlich wissen wir und auch diese Menschen, dass sie dann zurück müssen, wenn die Gegebenheiten in ihrem Heimatland es zulassen. Bis dahin benötigen sie aber unsere Fürsorge.

Deswegen haben wir hier unsere alten Ansätze wieder hergestellt. Allerdings bitten wir die Landesregierung und auch die Organisationen, zu prüfen, ob auch künftig in diesem Umfang gefördert werden muss oder ob Landesmittel nicht noch gezielter eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor neuen Herausforderungen. Die Rolle Deutschlands und

(Jürgen Jentsch [SPD])

(A) damit auch unsere Rolle wird neu überdacht werden müssen. Dabei werden die Gerechtigkeit und die Menschlichkeit im Mittelpunkt weltweiten Handelns stehen. Wir haben dazu mit diesem Haushalt die entsprechenden Weichen gestellt: mit Augenmaß, vor allem aber in der Gewissheit, dass damit nicht nur die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen gewährleistet ist, sondern dass wir erneut unserem Anspruch gerecht werden, das sicherste Land dieser Republik zu sein. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Jentsch. - Für die FDP spricht jetzt der Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Würde es für Versäumnisse im Bereich der Innenpolitik, Schwerpunkt innere Sicherheit, ein Punktesystem geben, wie es von der Verkehrssünderkartei in Flensburg bekannt ist, Herr Minister Dr. Behrens, dann müssten Sie und die Landesregierung Ihren innenpolitischen Führerschein schon längst abgegeben haben.

(B)

(Lachen bei der SPD - Zuruf von der SPD: Sie hätten nie einen Führerschein bekommen!)

Die innere Sicherheit ist eine der zentralen Herausforderungen, deren Stärkung ein Haushalt gerecht werden muss. Durch die Ereignisse des 11. September 2001 wird das besonders deutlich. Der Haushalt muss das Land in die Lage versetzen, mit solchen Situationen und Sicherheitslagen umzugehen. Durch den von Ihnen vorgelegten Haushalt mit der von Ihnen eingestellten globalen Minderausgabe werden Sie diesem Anspruch nicht gerecht. Sie werden am Ende weniger für die innere Sicherheit bewirken. Zusätzlich tragen Sie Verunsicherung in die Behörden, da nicht klar ist, welche Ansätze in Zukunft betroffen sein werden.

Die FDP-Fraktion will mit rund 50 Millionen Euro deutlich mehr Mittel für die innere Sicherheit ansetzen. Durch den von uns ausgebrachten Haushaltsvermerk in der von uns neu geschaffenen Titelgruppe 90 wollen wir darüber hinaus sicherstellen, dass der Bereich der inneren Sicherheit

von der globalen Minderausgabe in Höhe von 26,9 Millionen Euro verschont bleibt. (C)

Darüber hinaus muss es der Haushalt ermöglichen, Versäumnisse der Vergangenheit zu beseitigen. Die Liste dieser Versäumnisse ist lang. Die Sicherheit bleibt hier auf der Strecke. Der von Ihnen vorgelegte Haushalt wird diese Versäumnisse nicht ausräumen können - Versäumnisse, wie es schon anklang, im Bereich des Bürokratieabbaus, im Bereich der Entstaatlichung, bei der Senkung der Standards und vor allem im Bereich der inneren Sicherheit, auf die ich mich - das haben Sie sicherlich auch erwartet - konzentrieren möchte.

Erstens. Die Zahl der Straftaten steigt. Nach der Fortschreibung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik werden wir in diesem Jahr eine Zunahme von über 3 % zu beklagen haben. Das bedeutet 30.000 bis 40.000 Straftaten mehr bei gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote, und zwar in allen fünf Regierungsbezirken.

(Peter Budschun [SPD]: Bei welchen Delikten denn?)

- Insgesamt, pauschal. Das können Sie nächstes Jahr im Februar im Detail nachlesen, wenn der Minister die PKS bekannt gibt. Die Zahl der Rohheitsdelikte steigt. Die Täter werden bei gleichzeitig sinkender Hemmschwelle immer jünger. Die jungen Menschen können offensichtlich nicht nur immer schlechter lesen, schlechter schreiben und schlechter rechnen; es fehlt auch zunehmend an Fähigkeiten, zu kommunizieren und Konflikte zu vermeiden.

Zweitens. Die Polizei zieht sich ungebremst weiter aus der Fläche zurück. (D)

(Frank Baranowski [SPD]: Quatsch!)

Sie nennen das "Einführung des dezentralen Schichtmanagements". Das heißt, Sie wollen im Endergebnis nur noch zu tatkritischen Zeiten Polizei einsetzen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch nicht! Herr Engel, Sie müssen mal wieder vor Ort gehen!)

Das hört sich zunächst, Herr Jentsch, spannend an, bedeutet letztlich aber, dass die Polizei nur noch Feuerwehreinsätze fährt.

(Frank Baranowski [SPD]: Herr Engel, Sie sind ja ein Sicherheitsrisiko!)

(Horst Engel [FDP])

- (A) Es wird in Zukunft Orts- und Stadtteile geben, in denen die Bevölkerung überhaupt keine Polizei mehr zu sehen bekommt.

(Zuruf von der SPD: Wo sind sie denn?)

Straftäter werden sich freuen; das werden Sie sehen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden sich in Ortsteilen zusammenschließen müssen, um sich einen privaten Sicherheitsdienst zu leisten. Ich nenne nur Hahnwald und Ratingen-Hösel, wo der Kollege Dr. Droste zu Hause ist.

(Edgar Moron [SPD]: Ist da die Kriminalität am höchsten?)

Beispiele sind also zum einen das dezentrale Schichtmanagement - eine nette Verpackung für die zentrale Mangelverwaltung bei der Polizei, Herr Moron - und zum anderen der Einstieg in ein Programm für Sicherheit nur für Reiche.

Drittens. Polizeiwachen werden zu Anlaufstellen heruntergestuft, nur noch tagsüber besetzt oder ganz geschlossen. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wird mit buchhalterischen Argumenten bürokratisch wegdiskutiert. Recklinghausen ist ein Paradebeispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. So bekommen Sie auch keine Ruhe ins Schiff; da können Sie machen, was Sie wollen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Immer wieder werden die gleichen Argumente genannt - nachts sei der Beamte auf der Wache nicht ausgelastet; man schaffe es mit zentral gesteuerten Streifen viel besser -, und das, obwohl Innenstaatssekretär Riotte im Innenausschuss erklärt hat - ich glaube, am 28. August 2001 -, dass nicht rund um die Uhr besetzte Polizeiwachen unwirtschaftlich arbeiten.

Viertens. Eine immer schlechter werdende Altersstruktur belastet die Behörden, vor allem die Landkreisbehörden. Während landesweit schon durchschnittlich sechs Beamte benötigt werden, um einen Beamten netto im Wach- und Wechseldienst einsetzen zu können, also tatsächlich im Dienst zu haben, nimmt die Zahl vor allem der Landkreisbehörden zu, bei denen sieben, acht oder sogar neun Beamte nicht mehr dafür ausreichen.

(Frank Baranowski [SPD]: Es wird Zeit, dass Sie mal wieder Dienst bei der Behörde tun!)

- Herr Baranowski, hören Sie zu. - Zwischen 10 und 14 % der gesamten polizeilichen Dienstleistung fehlt in den Polizeibehörden schon heute, und zwar täglich und ganz legal, so die übereinstimmenden Berichte aus den Behörden, die ich in den letzten 18 Monaten besucht habe. Urlaub, Krankheit, Kur, Mutterschaftsurlaub, Gerichtstermine und andere Anlässe sind nur Beispiele. 10 bis 14 %, ist das normal? Wie sind die Ausfallzeiten in anderen Verwaltungen oder im Bereich der freien Wirtschaft?

(C)

Herr Dr. Behrens, Sie haben auf dem Delegierten-tag der Deutschen Polizeigewerkschaft erklärt, dass die Polizei ohne Anwärter über 47.005 Planstellen verfügt. Die Anzahl der besetzten Beamtenstellen soll zum 1. Oktober 1999 insgesamt 43.295,08 und zum 1. Oktober 2000 insgesamt 43.217,89 betragen haben. Auf der Basis der besetzten Beamtenstellen würden angesichts der Tatsache, dass täglich 10 bis 14 % der polizeilichen Dienstleistungen legal ausfallen, durchschnittlich 4.000 bis 6.000 Beamte fehlen.

(Jan Söffing [FDP]: Unglaublich!)

Der FDP-Fraktion erscheint dieser legale Ausfall polizeilicher Dienstleistungen viel zu hoch. Dies bedarf mit Sicherheit noch einer vertieften Betrachtung im Innenausschuss.

(D)

Gleichwohl mögen Sie an diesem Punkt erkennen, meinen sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen, dass das Innenministermaßnahmenpaket I mit plus 95 Stellen und das Innenministermaßnahmenpaket II mit plus 330 Stellen, also zusätzlich 425 Stellen, offensichtlich weniger sind als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Hinzu kommt, dass das mühsam und belastungsbezogen verteilte Personal in vielen Behörden für andere Aufgaben, z. B. zur Besetzung von Sockelstellen, und damit zweckentfremdet eingesetzt wird. Kein Wunder, dass die Mehrdienstleistung steigt und die Motivation der Beamten sinkt.

Die GdP will die weiße Fahne hissen. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" titelte am 7. Dezember 2001, also vorige Woche: "Keine Ermittlung wegen Personalmangel - Polizeipräsident und Gewerkschaft schlagen Alarm - mehr Aufgaben, aber weniger Geld".

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Glauben Sie das alles?)

(Horst Engel [FDP])

- (A) - Ich glaube das nicht. Aber es sind Anzeichen dafür, dass es nicht in Ordnung ist, Herr Ministerpräsident.

Ich schiebe hier ein: Die Beamten machen trotz der Belastung ihre Arbeit. Ihnen gehört auch der Dank der FDP-Fraktion.

Sechstens. Zum 1. Oktober 1999 - neuere Zahlen sollten Sie uns im Innenausschuss nennen - waren in den Verwaltungsabteilungen der Polizei 1.495,71 Polizeivollzugsbeamte beschäftigt. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs hat diesen Sachverhalt in ihrem Jahresbericht für das Jahr 2000 moniert. Die Zeitungen titelten: 1.300 Polizisten falsch eingesetzt. - Sie, Herr Innenminister, wollen sich aber bis 2008 Zeit nehmen, um diesen Missstand abzubauen. Die FDP-Fraktion nennt das - und das ist für Sie nicht neu - Ressourcenverschwendung.

Siebtens. Im Personen- und Objektschutz werden weiterhin undifferenziert ausgebildete Fachhochschüler eingesetzt. Die FDP-Fraktion hat hierzu vorgeschlagen, prüfen zu lassen, ob es nicht Personen- und Objektschutzaufgaben gibt, für die im taktischen Konzept auch polizeiliche Fachangestellte eingesetzt werden könnten,

- (B) (Frank Baranowski [SPD]: Wir haben Ihnen erklärt, dass das nicht geht!)

die keine dreijährige Fachhochschulausbildung durchlaufen müssen, die also deutlich früher

(Zuruf von Frank Baranowski [SPD])

- das sagen Sie; ich weiß nicht, ob drei Monate ausreichen -

(Frank Baranowski [SPD]: Das haben Sie doch geschrieben! Schwarz auf weiß!)

zur Verfügung stehen und Polizei schnell entlasten könnten.

Dabei ahne ich, Herr Innenminister, dass Sie auf Sicht nicht umhinkönnen, für diesen FDP-Vorschlag Sympathie zu entwickeln. Warten Sie es ab! Wenn nicht im nächsten Jahr, dann bestimmt im übernächsten Jahr!

(Frank Baranowski [SPD]: Wunschdenken!)

Hören Sie einmal in den Hauptpersonalrat hinein, Herr Baranowski. Dann merken Sie, wie uninformiert Sie sind. Sie sind hinter der Zeit.

(Beifall bei FDP und CDU)

(C) Achtens. Durch die polizeiliche Neuorganisation wurden Polizeiinspektionen mit zu vielen Zwischenvorgesetzten geschaffen, die oft, wie sich schnell herausgestellt hat, mit nur 100 bis 150 Beamten ausgestattet und daher nur begrenzt leistungsfähig sind.

Es war sogar Ziel, Inspektionen als verkleinertes Abbild der Gesamtbehörde zu schaffen. Dabei wurde völlig übersehen, dass damit Kirchturmsdenken oder Polizeiinspektionsdenken zum bestimmenden Faktor werden musste. Tatortaufnahme, Spurensicherung und kriminalgeographisches Denken mussten zwangsläufig unter die Räder kommen. Sinkende Aufklärungsquoten in bestimmten Deliktfeldern waren die Folge. Ich denke, dass wir das zur Jahresmitte bei den desolaten Aufklärungsquoten beim Wohnungseinbruch eindrucksvoll nachweisen konnten.

Herr Ministerpräsident, stellen Sie sich einmal vor, Sie würden montags und dienstags, also immer zu Wochenbeginn, Ihre Bochumer Tageszeitung aufschlagen und permanent lesen - bei mir zu Hause ist das so; da sind auch Edgar Moron, Jürgen Rüttgers und die anderen Kollegen aus dem Erftkreis zu Hause -: Bandbreite zwischen 83 und 24 Einbrüchen in zwei Tagen. - Wo sind wir denn da? Ich glaube, da würden auch Sie nachdenklich werden und Ihren Kabinettkollegen auffordern: Herr Innenminister, tun Sie endlich etwas!

(Beifall bei der FDP)

(D) **Vizepräsident Dr. Helmut Linszen:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident, ich komme zu Schluss. - Nehmen wir die Budgets für die laufenden Betriebskosten: Sie, Herr Innenminister, haben anlässlich meiner Kritik immer wieder gesagt, das gehöre in die Abteilung Satire.

(Unruhe)

Ich könnte - aus Zeitgründen gelingt das jetzt nicht mehr - aus einem Controlling-Bericht einer Behörde zitieren, wie über das Sparen von Benzin PCs gekauft werden.

Vizepräsident Dr. Helmut Linszen: Ich bitte Sie, das nicht zu tun. Ihre Redezeit ist zu Ende.

(A) **Horst Engel (FDP):** Ich komme zum Schluss. - Das, was Rot-Grün hier als Haushalt vorgelegt hat, ist eher Bestandteil des Problems als ein Beitrag zur Lösung. Ich bitte, unseren Verbesserungs- und Änderungsanträgen zuzustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne spricht jetzt Frau Düker.

(Edgar Moron [SPD]: Das soll Herr Stump sagen, der ist Chef der Kreispolizeibehörde!
- Horst Engel [FDP]: Der scheint völlig falsch beraten zu sein!
- Ministerpräsident Wolfgang Clement: Wen soll er fragen?)

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Herren wollen wohl eher im Dialog weitermachen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Es spricht jetzt die Kollegin Düker, Herr Fraktionsvorsitzender der SPD. - Frau Düker, Sie haben das Wort.

(B)

Monika Düker (GRÜNE): Herr Moron, ich überlasse Sie gern weiter dem Dialog. Vielleicht ist das ja spannender.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Innere Sicherheit, von der Opposition, CDU wie FDP, hier im Plenum zum wiederholten Male postuliert, hat auch im Haushalt wieder oberste Priorität. Das kommt als Schlagwort immer ganz gut daher. Aber wenn ich mir die Ausführungen hier anhöre - Klagen, Anklagen, von Herrn Kruse die berühmterbüchtigten starken Sprüche, die Vorliebe von Herrn Engel für Statistiken, in vollendeter Form vorgetragen -, muss ich sagen: Es fehlen mir, ehrlich gesagt, Ihre Antworten, Ihre Antworten auf die Sicherheitslage in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen. Was sind Ihre Antworten? Die habe ich auch heute wieder nicht vernommen.

Auch von der CDU wurde in der Debatte vorgebracht, dass es in erster Linie um alte Hüte geht, die Sie, Herr Kruse, heute ausnahmsweise einmal nicht vorgetragen haben. Ich möchte von Ihnen einmal Antworten hören und nicht nur Anklagen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kruse?

(C)

Monika Düker (GRÜNE): Bitte, Herr Kruse.

Theodor Kruse (CDU): Ist Ihnen entgangen, dass wir in den vergangenen fünf Jahren in regelmäßigen Abständen erstens Anträge zur Verbesserung der Lage und zweitens im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen eine ganze Reihe von Anträgen gestellt haben? Das sind unsere Antworten.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Kruse, Sie haben das Problem benannt: Wir haben zum wiederholten Male in den vergangenen Jahren Anträge gestellt. - Das ist es ja. Sie kramen immer wieder Ihre alten Hüte aus dem Schrank, etwa die stärkere Verknüpfung des Verfassungsschutzes mit der Polizei, obwohl das nachgewiesenermaßen auch in Bayern zu keinerlei Verbesserungen führt, ganz abgesehen von rechtsstaatlichen Bedenken. Oder nehmen wir die verdachtsunabhängige Kontrolle: Das ist auch ein alter Hut und hat auch nichts gebracht. Dann wollen Sie die "Polizei light" mit einem mehr oder weniger privatisierten Wachdienst. Sie wollen auf die Streifengänge Angestellte schicken. Das alles sind keine neuen Antworten auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Die flächendeckende Einführung der Videoüberwachung ist ein weiterer Punkt. Auch darin sehe ich keine ernsthafte Antwort. - Also: Für mich sind das alte Hüte.

(D)

Auch das Vortragen von Statistiken, Herr Engel, bringt uns an dieser Stelle nicht weiter. Auch in den übrigen Ländern kann ich nur feststellen, Herr Kruse, dass sich die CDU dort, wo sie die Mehrheit hat, mit Gesetzesverschärfungen überbietet, die aus meiner Sicht aber auch den Beweis schuldig bleiben, wirklich etwas zur Bekämpfung des Terrorismus beizutragen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Darf ich mal eben unterbrechen, Frau Kollegin. - Es wäre gut, wenn Handys im Plenum nicht benutzt würden, vor allen Dingen nicht auf der Regierungsbank. Ich bitte die Betreffenden, dann nach hinten zu gehen. - Sie haben das Wort, Frau Düker.

(A) **Monika Düker (GRÜNE):** Beispiel: Bundesrat. Was wird dort von der CDU vorgetragen? Sie wollen z. B. die Befristung, die wir in bestimmte Gesetzen hineingeschrieben haben - was ich richtig finde; denn ein Rechtsstaat muss immer wieder überprüfen, ob sich Gesetze bewährt haben - aufheben. Sie wollen Ausländer ausweisen bei Verdacht und nicht nur bei Beweis. Auch das ist ein rechtsstaatliches Problem, denke ich.

Sie wollen Ausländer bei Teilnahme an Demonstrationen ausweisen, auch wenn sie dort keine Straftat begangen haben. Sie, aber auch ihre Kollegen in CDU-geführten Bundesländern - im Übrigen hat dafür Herr Schily auch eine Vorliebe, wie ich kritisch anmerken muss - wollen eine uferlose Ausweitung der BKA-Kompetenzen, ein deutsches FBI. Das alles wollen wir nicht. Ich glaube auch nicht, dass das verhältnismäßig ist und dass uns das wirklich bei der Lösung der Probleme weiterbringt.

Unsere Leitlinie in der Sicherheitspolitik ist und bleibt Verhältnismäßigkeit. Die Maßnahmen müssen erforderlich und wirksam sein, und wir müssen sie auch von Zeit zu Zeit daraufhin überprüfen, ob sie diesen Ansprüchen genügen.

(B) Vor diesem Hintergrund halte ich das zur Zeit im Bundesrat befindliche Verfahren und die Beschlüsse der Regierungskoalition, den so genannten Otto-Katalog, für ausgewogen. Ich finde, das, was da läuft, ist richtig. Ich hoffe, dass im Bundesrat endlich auch einmal bei den CDU-regierten Ländern die Vernunft Einkehr hält und dieses Übermaß an Gesetzesaktionismus endlich aufhört.

Zum Bereich Sicherheit: Was hat Rot-Grün getan? Mit den Ergänzungsvorlagen der Landesregierung wurde aus meiner Sicht auf die aktuelle Sicherheitslage in der Sicherheitsdebatte mit Augenmaß und in erforderlichem Umfang reagiert. Vor der angespannten Haushaltssituation halte ich das, was da auf den Weg gegangen ist, für sehr viel und auch im Vergleich zu anderen Einzelplänen, die starke Einbußen haben hinnehmen müssen, für das Äußerste, was vertretbar ist.

Wir haben keine Gießkanne genommen, sondern es geht um eine gezielte Verstärkung für den Verfassungsschutz. Im Bereich des islamistischen Extremismus werden die technische Ausstattung und die personelle Ausstattung verbessert. Bei der Polizei werden gezielt und nicht mit der Gießkanne, Herr Kruse, Stellen für die Terrorismusbekämpfung geschaffen, d. h. im Bereich der

(C) Wirtschafts-, Computer- und der organisierten Kriminalität. Denn - und auch da ist der enge Bezug gegeben - eine wirksame Terrorismusbekämpfung kann nur dann gelingen, wenn man diesen Strukturen die finanziellen Grundlagen entzieht.

Nächster Punkt: Entlastung Objektschutz. Auch hier im Parlament ist diskutiert worden: 360 Polizeivollzugsbeamte sind täglich im Einsatz, und das wird auf die Dauer zu viel. Um hier Entlastung zu schaffen, wollen wir eben keine Angestellten, Herr Engel, die einen dreimonatigen Crashkurs durchlaufen haben und dann als Objektschutzangestellte eingesetzt werden. Wir wollen diese "Polizei light" nicht. Deswegen werden wir versuchen, durch diese Maßnahmen Entlastungen für die Polizeivollzugsbeamten zu schaffen, die in Verwaltungsarbeit drin sind, um dort die Freiräume zu nutzen, sie in Vollzugsfunktion zu überführen. Auch das ist Bestandteil der Sicherheitspakete 1 und 2 und eine Entlastung bei der Ermittlungsarbeit, die in der Tat stark zugezogen hat.

(D) Feuerschutz und Katastrophenschutz! Auch hier müssen wir umdenken. Ich glaube, dass sich niemand vorstellen können, dass wir nach dem 11. September gerade das im Zivilschutz - das ist zwar nicht unsere Aufgabe, gehört aber mit in dieses Paket hinein -, was wir abgebaut haben, neu überdenken müssen. Das hat sich niemand vorstellen können. Jetzt müssen wir da heran. Das Land hat aber auch beim Katastrophenschutz, beim Feuerschutz reagiert. Der Kollege Jentsch hat es dargestellt: Wir werden eine bessere Ausstattung für die Großschadensereignisse bekommen, indem wir neue Einsatzleitfahrzeuge beschaffen. Zudem werden wir in die ABC-Ausrüstung investieren, um auch dort den Schutz zu verbessern.

Meine Damen und Herren, das, was hier auf den Weg gebracht wurde, ist also eine ganze Menge, zielgerichtet und angemessen.

Ein Bereich, meine Damen und Herren, der von der Opposition nun völlig vernachlässigt wurde - das finde ich sehr schade, Herr Kruse, weil ich Sie vor Ort immer ganz anders erlebe - ist die Flüchtlingspolitik. Mit keinem Wort ist der von Ihnen oder von Herrn Engel hier erwähnt worden. Herr Jentsch hat es angesprochen. Das ist ein Punkt, der uns Grünen im Einzelplan 03 sehr am Herzen liegt und für den wir uns auch weiterhin besonders einsetzen; denn für uns gilt: Humanitä-

(Monika Düker [GRÜNE])

(A) re Aspekte in der Flüchtlingspolitik auch in Nordrhein-Westfalen beachten! Das ist unsere Leitlinie.

Das finden wir im Haushalt wieder: Dafür stehen die Ansätze für die Beratung, für die Verfahrensbegleitung und auch für die Förderung der Flüchtlingsorganisationen. Dies ist im Übrigen eine Förderung, die sich lohnt. Denn von dem Geld, das die Flüchtlingsorganisationen bekommen, werden sehr viele Menschen, die sich in den Initiativen, in den Flüchtlingsräten ehrenamtlich engagieren, betreut, beraten und fortgebildet, um ihrer Arbeit nachzukommen zu können.

Wenn wir hier von ehrenamtlichem Engagement reden, wird beim Einzelplan 03 immer die Feuerwehr genannt. Das finde ich richtig. Dort arbeiten viele engagierte Menschen, denen unser Dank gilt. Schauen Sie aber auch einmal auf die Leute, die im Rahmen der Flüchtlingsarbeit in die Abschiebehaftanstalten gehen, dort die Menschen betreuen und Leuten in Notsituationen Beistand leisten. Auch denen gilt unser Dank. Und dafür haben wir auch Geld in Hand genommen, um die Menschen dort betreuen und beraten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Betreuung in Abschiebehaftanstalten ist mein nächster Punkt. Wir haben 1 Million DM dafür angesetzt. Das ist eine deutliche Erhöhung, die ich für unbedingt notwendig halte. Schauen Sie sich die Situation in den Abschiebehaftanstalten an, Kolleginnen und Kollegen. Herr Engel, so toll ich es finde, dass Sie fast jede Kreispolizeibehörde im Land kennen: Aber waren Sie schon einmal in der Abschiebehaftanstalt in Neuß, in der Frauenabschiebehaft? Fahren Sie auch einmal dahin,

(Jan Söffing [FDP]: Wir waren schon da!)

sehen Sie sich das an. Es wäre auch interessant - eine Kreispolizeibehörde weniger -, wenn Sie dort hinfahren und sich die Situation ansehen. Dann werden Sie erkennen, wie wichtig es ist, dass wir auch Geld in die Hand nehmen, um auch da Betreuung gewährleisten zu können. Dort herrscht eine ziemlich schlimme Situation; manchmal sitzen die Leute bis zu 18 Monaten in den Abschiebehaftanstalten. Sie haben sich nichts zuschulden kommen lassen. Das ist kein Knast. Sie haben oftmals nur ein abgelaufenes Visum oder eine fehlende Aufenthaltsberechtigung. Es ist wichtig, dass wir da hinschauen.

(C) Für mich ist nicht nur von Bedeutung, in den Abschiebehaftanstalten in die Betreuung zu investieren. Nein, mein Ziel ist es, über diese Haushaltsplanberatungen hinaus dafür zu sorgen, dass sich die Situation in den Abschiebehaftanstalten in Nordrhein-Westfalen unter humanitären Aspekten deutlich verbessert. In unseren Richtlinien - ich halte das für einen Skandal und hoffe, dass wir bald etwas daran ändern - steht immer noch, dass schwangere Frauen in die Abschiebehaftanstalten eingewiesen werden können. Das halte ich für unmöglich. Dies sollten wir dringend ändern. In den Richtlinien steht zwar: Allein erziehende Mütter und Kinder bis zum Alter von zwölf Jahren sind von Abschiebehaft ausgenommen. Aber was passiert, wenn die Kinder älter als zwölf Jahre sind? Die Kinder kommen dann ins Heim, die Mütter in Abschiebehaft.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Monika Düker (GRÜNE): Ja. - Das halte ich für eine unzumutbare Situation. Auch 16-jährige gehören für mich da nicht hinein.

(D) Das heißt: Über die Betreuung hinaus können wir eine Menge machen, um die Situation in den Abschiebehaftanstalten im humanitären Bereich zu verbessern. Das ist mein Ziel. Daran möchten wir politisch im nächsten Jahr arbeiten. Innere Sicherheit ist ein wichtiges Thema, Herr Kruse, Herr Engel. Aber schauen Sie in der Innenpolitik auch ein bisschen auf diese Probleme. Es lohnt sich. Auch da liegen ganz wichtige Aufgaben vor uns.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung spricht jetzt Innenminister Dr. Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt 03, also der Einzelplan des Innenministers, wird auch im Jahre 2002 - davon bin ich überzeugt - eine zufrieden stellende - ich gebe zu, an manchen Stellen manchmal etwas enge - Grundlage für die

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) Arbeit der inneren Verwaltung, der Polizei, der Fachbehörden im Geschäftsbereich des Innenministeriums, auch der vielen Ehrenamtlichen, die hier eben angesprochen worden sind, sein.

Natürlich - das gilt für mich wie für alle anderen Ressortkollegen - wäre mehr besser gewesen. Aber mehr war nicht drin. Die Zeiten sind nicht so, als dass alle Wünsche in Erfüllung gehen können. Ich denke, dass wir in Zeiten knapper Kassen für den Bereich der Innenpolitik das Maximum des Erreichbaren herausgeholt haben.

Ich kann in meiner Entgegnung wegen der knappen Zeit, die mir zur Verfügung steht, nicht auf alles eingehen, was teilweise außerordentlich schief oder unvollständig dargestellt worden ist. Aber ich will einige Stichworte aufgreifen.

Erstens. Herr Kruse, auch Herr Engel: Die Reform der Verwaltungen im Lande Nordrhein-Westfalen geht weiter. Sie geht sehr gezielt weiter und konzentriert sich in dieser Legislaturperiode - das habe ich hier schon gesagt, das sage ich überall - vor allem auf das, was ich als Binnenmodernisierung beschreibe, nämlich die innere Reform der Verwaltungsbehörden. Man kann nicht ständig die äußeren Strukturen von Verwaltungen verändern und am Rohbau herumbasteln. Irgendwann müssen die Verwaltungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort tätig sind, auch wissen, auf was sie sich verlassen können, welches die Strukturen sind, in denen sie ihre Aufgaben erledigen sollen. Das Wichtige ist nicht der Aufbau der Verwaltung, sondern die Erledigung der Aufgaben, die der Verwaltung übertragen worden ist. Es geht jetzt um das, was ich Binnenmodernisierung nenne.

(B) Es geht auch weiterhin um Vorschriftenüberprüfung und Standardabbau. Ich habe heute Morgen beim GFG darauf hingewiesen, welche Initiativen wir ergreifen, um gerade gegenüber den Kommunen den Standardabbau und die Entlastung voranzutreiben. Im Übrigen sind wir nach wie vor das einzige Land, das über ein eingeführtes Standard-Controlling-Verfahren verfügt, dessen Funktionieren ich mir allerdings unter Einbeziehung der kommunalen Ebene noch erheblich besser vorstellen kann, als das zurzeit geschieht. Aber das liegt nicht an uns, sondern an denen, denen dieses Verfahren Chancen gibt, nämlich den kommunalen Spitzenverbänden, die es nicht ausreichend nutzen - um das auch einmal ganz deutlich zu sagen.

Weil ich gerade das Wort habe und Sie mir so aufmerksam zuhören, kündige ich Ihnen an: Auch das Innenministerium als solches versucht natürlich, immer besser zu werden und alle Instrumente zu nutzen. Wir werden in Kürze eine Kundenbefragung durchführen. Wir befragen den Landtag als Kunden - Sie alle. Dann können Sie Ihre Meinung zu unserer Arbeit sagen. Ich bitte Sie heute schon herzlich darum, daran teilzunehmen. Mitte Januar geht es los.

(Theodor Kruse [CDU]: Mitten in der Karnevalszeit!)

Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Aber ich sage Ihnen schon jetzt, meine Damen und Herren: Nach allem, was ich weiß - ich bin ja auch schon länger dabei -, haben wir in Deutschland, vor allem in Nordrhein-Westfalen, auf allen Ebenen gute und gut funktionierende Verwaltungen. In diesen Verwaltungen im Lande Nordrhein-Westfalen - ich spreche jetzt einmal nicht von den Lehrern, den Hochschullehrern und den Polizisten - sind in den vergangenen Jahren fast 15 % - in einigen Bereichen mehr - Stellen abgebaut worden. Nehmen Sie die Bezirksregierungen: Da geht das über 15 % hinaus. Dennoch wird dort unter Hochlast, manchmal auch Überlast, weithin gute bis ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Ich sage deshalb hier - die Polizei schließe ich ausdrücklich mit ein -: Auch diese Verwaltungen haben von dieser Stelle aus einmal Dank verdient. Den möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine globale Minderausgabe zu verkraften.

(Theodor Kruse [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Kruse, wenn hinterher Zeit ist, antworte ich auf alle Fragen, aber meine Zeit ist sehr knapp. Sie haben mir so viele Stichworte geliefert. Lassen Sie mich das zunächst einmal sagen.

Die globale Minderausgabe ist für das Innenressort schmerzlich und bitter wie für jedes andere Ressort auch. Aber umso wichtiger ist es und müsste es auch aus Ihrer Sicht sein, dass es uns gelungen ist, in zwei Stufen ein Sonderprogramm zur Bekämpfung des Terrorismus in diesen Haushalt 2002 einzubeziehen. Das ist ein ganz eindeutiger Schwerpunkt in diesem Haushalt.

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) Seriöse Unterstützungsankündigungen, Herr Kruse, wie Sie das hier erklärt haben, nehme ich gern entgegen. Ich werde mich da in keiner Weise verweigern. Aber ich unterstreiche ganz bewußt das Wort "seriös". Es muss wirklich ernst gemeint sein, und dann muss man sich auch um eine realistische und seriöse Betrachtung dessen, was hier stattfindet, bemühen - auch beim Haushalt.

Ich komme jetzt zum Sonderprogramm zur Terrorismusbekämpfung. Über einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren werden damit für Verfassungsschutz, Polizei, Feuerschutz und Katastrophenschutz zusätzliche Mittel in Höhe von 185,8 Millionen Euro aufgewendet. Davon stehen 75,8 Millionen Euro für zusätzliches Personal und rund 110 Millionen Euro im Wesentlichen für zusätzliche Investitionen, aber auch für Spezialausbildungen von Polizeibeamten und Feuerwehrbeamten zur Verfügung. Noch einmal: Das sind 370 Millionen DM in den nächsten fünf Jahren zusätzlich für die wichtigen Aufgaben der inneren Sicherheit.

Wir schaffen damit in unserem Einzelplan 03 insgesamt 507 neue Stellen. Davon entfallen allein 71 auf den Verfassungsschutz. Seien Sie doch einmal ehrlich, meine Damen und Herren von der Opposition: Hätten Sie das vor drei Monaten überhaupt für denkbar gehalten in dieser Größenordnung? - Nein müssen Sie sagen, wenn Sie ehrlich und seriös sind, was Sie sein wollen, Herr Kruse.

- (B)

(Theodor Kruse [CDU]: Aber beantragt haben wir es schon oft!)

Also: 71 Stellen sind für den Verfassungsschutz, 425 für die Polizei. 235 davon sind sofort besetzbar und weitere 190 ab 2003. Elf Stellen sind für das Institut der Feuerwehr, 53 Stellen für Finanzermittler in der Finanzverwaltung.

Herr Kruse, schauen Sie bitte genauer hin - ich bin bereit, Ihnen das noch einmal zu erklären, aber nicht hier und heute -: Stellen sind etwas anderes als darauf geführte Personen. Da liegt ein grundlegendes Missverständnis bei Ihnen, das ich gerne aufklären würde.

Wir werden diese Verstärkungen trotz der schwierigen Haushaltssituation durchführen. Die Einsparungen in Höhe von 26 Millionen Euro, die wir im Rahmen der globalen Mindererausgabe zu erbringen haben, werden dieses Anti-Terror-Paket nicht berühren. Das sage ich, und Sie können

mich gern im weiteren Verlauf des nächsten Jahres zitieren. (C)

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande werden um ihre Sicherheit bzw. die innere Sicherheit nicht bangen müssen - auch nicht vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen, wie sie der internationale Terrorismus mit sich bringt.

Ich will an dieser Stelle - weil es im nächsten Jahr mit der zweigeteilten Laufbahn losgeht - noch einmal sagen: Zu all dem kommt - ich müsste es beinahe leise sagen oder sogar verschweigen - ein zusätzliches Mehr an Personalausgaben ausschließlich für die Polizei in den nächsten Jahren - ausgerechnet bis 2014 - von knapp 1 Milliarde DM hinzu. Auch das muss hier einmal deutlich gesagt werden.

Und noch eines muss man betonen: In diesen Tagen hat die Verteilung von 33.000 leichten Unterziehschutzwesten begonnen, die wir bis zum Ende des nächsten Jahres an alle Polizeibeamtinnen und -beamte in Nordrhein-Westfalen aushändigen werden, die im Außendienst arbeiten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch dafür haben wir im Einzelplan 03 zusätzlich 65 Millionen DM bereitgestellt. Das muss deutlich hervorgehoben werden. (D)

Noch einmal, meine Damen und Herren: Mit diesen auch strukturell und strukturpolitisch wichtigen Entscheidungen ist die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei in schwieriger Zeit einigermaßen sichergestellt und sieht in einigen Bereichen auch im Ländervergleich ausgezeichnet aus. Das ist gut für die innere Sicherheit in unserem Land.

Wir setzen, Herr Engel, die Ressourcen ein, wo und wann sie gebraucht werden. Deshalb fördern wir das dezentrale Schichtdienstmanagement. Deswegen lehnen wir Dienst nach einem starren Schichtdienstschema ab, bei dem die Polizisten dann im Einsatz sind, wenn sie niemand braucht, nämlich vornehmlich am Sonntagvormittag und nicht am Freitagabend.

(Beifall von Jürgen Jentsch [SPD])

Ich bin gerne bereit, Ihnen auch dies im Ausschuss näher zu erläutern.

Wir tun aber auch noch vieles andere. Für den Feuerschutz ist das Notwendige von Herrn

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) Jentsch gesagt worden; das muss ich nicht wiederholen. Wir entfrachten die Verteilung der Feuerschutzmittel beginnend ab 2002 und zunehmend in den kommenden Jahren, weil wir den Katastrophenschutz in den Einzelplan 03 übernehmen und nicht mehr die Feuerschutzsteuer und die Verteilung an die Kommunen damit belasten.

Ich will einen weiteren Punkt nennen: Bei all dem, was wir an finanziellen Mitteln im Haushalt bereitstellen, sind die rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen wichtig. Ich bin froh, dass die Anti-Terror-Gesetze des Bundes in den beiden so genannten Schily-Paketen - oder auch "Otto-Katalogen" - jetzt offenbar verabschiedungsreif sind. Der Bundestag hat beraten, und der Bundesrat wird in der nächsten Woche beraten. Es sieht so aus, als ob auch das zweite Gesetzespaket eine Mehrheit finden würde. Ich habe daran intensiv mitgewirkt, und ich bin froh darüber, dass wir so weit sind. Das ist eine wichtige Weichenstellung zur Garantie von Sicherheit und Freiheit in unserem Lande.

Ein deutliches Signal setzt schließlich auch das Verbot des Kaplan-Verbandes, das nach enger Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenminister von diesem ausgesprochen wurde. Alle Innenministerien der Länder und das des Bundes haben intensiv zusammengearbeitet, um dieses Ergebnis zu erreichen.

(B)

(Beifall von Karl Peter Brendel [FDP])

Ich bin zuversichtlich: Wenn die Türkei mitspielt, wird es nicht mehr lange dauern, bis Herr Kaplan unser Land möglichst in Richtung Türkei verlassen wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir werden prüfen, ob weitere Organisationen mit solchen Verboten zu überziehen sind.

(Unruhe - Glocke)

Wir werden prüfen, welche Personen möglicherweise noch von der Ausreise bedroht sein werden. Das alles wird jetzt aufgrund neuer Rechtsgrundlagen möglich, die dringend notwendig sind.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Minister, Ihre Redezeit ist vorbei.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Dann sage ich als vorletzten Satz nur noch den: Wir werden auch das Landesrecht auf Notwendigkeiten zur

Veränderung hin überprüfen. Wir warten ab, bis das Bundesrecht in Kraft tritt - das macht Sinn -, und dann wird auch im Jahre 2002 vieles getan sein - ich will nicht sagen, dass alles getan sein wird -, um die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zu garantieren. Dafür haben diese Koalition und diese Regierung mit dem Haushaltsplan 2002 wichtige Grundlagen gelegt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir sind am Schluss der Beratungen zum Einzelplan 03.

Ich lasse **abstimmen** zum **Einzelplan 03**, und zwar zunächst über die **Änderungsanträge** entsprechend der Übersicht, die Ihnen vorliegt. Das sind die laufenden Nummern 127 bis 134.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 127 auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/2006**. Stichwort: Erhöhung der Mittel für Ausstattung und Ausrüstungsgegenstände. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

(D)

Ich rufe den **Antrag** Nr. 128 auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/2007**. Stichwort: Verstärkung der inneren Sicherheit. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 129 auf, den Antrag der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2008**, Stichwort: Zusätzliche Neueinstellung von Polizisten. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 130 auf, Antrag der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2009**, Stichwort: Entlastung der Polizei. Wer ist für den Antrag? - Wer ist gegen den Antrag? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 131 auf, Antrag der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2010**, Stichwort:

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) Verbesserung der Ausstattung der Polizei. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich komme zu dem **Antrag Nr. 132**, Antrag der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2011**, Stichwort: Erwerb von Geräten. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 133**, Antrag der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2012**, Stichwort: Erhöhung der Landeszuschüsse an Gemeinden, auf. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 134** auf, Antrag der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2013**, Stichwort: Stärkung der Förderung des Feuerschutzes. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

(B) Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Einzelplan 04 entsprechend der Beschlussempfehlung abstimmen.

(Widerspruch und Zurufe: 03! - Zuruf: Wir waren beim Haushalt des Innenministers! - Minister Jochen Dieckmann: Ich hätte vorher auch gern noch etwas gesagt!)

- Entschuldigung. Bis jetzt ging es ja ganz gut.

Ich lasse also über den Einzelplan 03 abstimmen entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1803**. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

(Marc Jan Eumann [SPD]: Bei Verwirrung der FDP-Fraktion!)

Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen**.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Nummer 5** auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

(C)

Ich weise auf die Beschlussempfehlung hin; das ist die Drucksache 13/1804. Ich weise ebenfalls auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP hin; es handelt sich um die laufenden Nummern 135 bis 141 in der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU dem Kollegen Biesenbach das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben an den letzten beiden Tagen bereits eine Vielzahl von Beispielen für die Handlungsunfähigkeit dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalition erlebt.

(Beifall bei der CDU - Frank Baranowski [SPD]: Das ist reflexartig!)

Der Einzelplan 04 macht da leider keine Ausnahme,

(Frank Baranowski [SPD]: Das ist ein Reflex!)

(D)

denn er ist nichts anderes, Herr Baranowski - lesen Sie ihn -, als das Dokument einer wirklichen Mangelverwaltung. Dabei hatte der Justizminister

(Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

- da versteht ihn wieder einer nicht - seine Ziele so vollmundig angekündigt. Allein die Analyse stimmte, als er meinte: Die weltpolitische Lage hat sich grundlegend verändert. - Wie wahr!

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Umso wichtiger, meinte er, sei es, die Ziele heraufzusetzen, dass nämlich die Justiz ihren Modernisierungsprozess fortsetzen sollte, und er wollte die Funktionsfähigkeit der Justiz erhalten, er wollte die Justiz als dritte Gewalt in unserem demokratischen Gemeinwesen stärken und die Situation im Strafvollzug verbessern.

(Frank Baranowski [SPD]: Hat er alles geschafft!)